

Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung Januar 2008

Sendetext mit Quellen und Anhang

- ANT:** Warum schaust Du heute so ernst, Friederike?
- FRI:** Ach, Anton, wir werden immer tiefer in den Sumpf gezogen...
- ANT:** (*völlig verständnislos*) Wieso, hier stehen wir doch im Trockenen.
- FRI:** Ich rede doch nicht von uns, ich rede von Afghanistan
- ANT:** (*Jetzt stöhnt Anton*), Ach ja, schon wieder Afghanistan, jetzt fang bloß nicht wieder an, mir den Unterschied zwischen der.... Ewigen Freiheit und.... „Eierseif“ zu erklären
- FRI:** (*bitter*) ISAF? Anscheinend ist der Unterschied zwischen ISAF und Enduring Freedom gar nicht so groß.
- ANT:** (*erleichtert*) Dann bin ich ja beruhigt.
- FRI:** Dummkopf, immer schön den Kopf in den Sand stecken, Vogel-Strauß-Politik nennt man das!
- INT:** Vogel Strauß? Ach ja Strauß, Franz Josef, hat der auch immer den Kopf in den Sand gesteckt?
- FRI:** (*jetzt richtig wütend*) Erzähl' nicht so'n Blödsinn! Die Bundesregierung plant zusätzlich einen Kampfverband mit 250 Soldaten in den Norden Afghanistans zu schicken.
- ANT:** In den Norden Afghanistans? Da ist es doch ruhig, wieso schicken die dann einen Kampfverband dort hin?
- FRI:** Dort hat die Bundeswehr das Sagen¹. Dort ist bisher die schnelle Eingreiftruppe aus Norwegen stationiert, die wird aber im Sommer 2008 abgezogen. Dann sollen die deutschen Soldaten die norwegische Quick Reaction Force ersetzen².
- ANT:** Was haben diese norwegischen Quickies bisher gemacht?
- FRI:** Die haben gegen die Taliban und alles, was als Terroristen bezeichnet wird, gekämpft und genau das wird auch die Aufgabe der deutschen Kampftruppe sein³.
- ANT:** Aber, die Eierseif soll doch – denk' ich wenigstens - für den Wiederaufbau in Afghanistan sorgen. Terroristen jagen, das macht doch die Ewige Freiheit.
- FRI:** Genau deswegen hat selbst ein hoher General der Bundeswehr, der Generalinspekteur Schneiderhahn gewarnt, die Schnelle Eingreiftruppe

¹ Bundeswehr prüft Kampfeinsatz in Nordafghanistan
(www.heute.de/ZDFheute/druckansicht/12/0,6903,7148972,00.html)
Verteidigungsminister will zusätzlichen Kampfverband nach Nordafghanistan schicken
([unter:www.uni-kassel.de/fb5/friedenregionen/Afghanistan/kampf.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/friedenregionen/Afghanistan/kampf.html) – 17.1.2008)
Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag – Bundesregierung will ISAF-Mandat verletzen (siehe Anhang)

² Deutsche Kampftruppen für Afghanistan? (NZZ – 17.1.2008),

³ Nun zum möglichen Einsatz einer Bundeswehr-Eingreiftruppe in Afghanistan. Zunächst die RHEINISCHE POST aus Düsseldorf (Presseschau DLF 17.01.08, 06:35)

sei kein Wiederaufbauteam⁴. Aber die Regierung behauptet, auch Kampfeinsätze seien durch das ISAF-Mandat gedeckt⁵.

ANT: Gibt es denn überhaupt noch einen Unterschied zwischen „Eierseif“ und „Ewige Freiheit“?

FRI: Ich weiß es nicht, schau Dir mal die Lage am Horn von Afrika an.

ANT: Horn? Wo Afrika mit der Nase nach Osten zeigt?

(knister, knister)

FRI: Genau, schau mal hier im Atlas, In dem kleinen Land Dschibuti *haben die Amis*

ANT: Das liegt ja am Indischen Ozean, genau, wo die Nase von Afrika fast den Jemen berührt.

FRI: Von hier aus überwachen die Amis im Rahmen ihres Antiterrorkrieges *die Seewege*...

ANT: Aha, die „Ewige Freiheit“

FRI: Genau, im Rahmen der Operation Enduring Freedom überwacht der Internationale Flottenverband Combined Task Force 150 unter amerikanischer Führung die ganzen Seewege rund ums Horn von Afrika, um auch hier Terroristen aufzuspüren und unschädlich zu machen.

ANT: Helfen wir ihnen etwa auch dabei mit? Ich meine ... die „Ewige Freiheit“ – da gibt es doch gar keinen UN-Beschluss.

FRI: Richtig und genau das tun wir⁶. Im letzten November hat der Bundestag das Mandat wieder um ein Jahr verlängert.

ANT: Und ich habe gedacht, bei der Ewigen Freiheit ginge es nur um Afghanistan und Irak.

FRI: Enduring Freedom kann im Prinzip weltweit geführt werden

ANT: Klar, Terroristen könnten überall auf der Welt sein, Und an diesem Flottenverband am Horn von Afrika sind wir beteiligt?

FRI: Ja, die Bundesmarine mit einem Kriegsschiff mit etwa 200 Mann Besatzung. Das Ganze steht unter dem Kommando der 5. US-Flotte in Bahrein⁷. Übrigens, die Amis haben in Dschibuti einen großen Militärstützpunkt eingerichtet, das Camp Lemonier.

ANT: Camp ist englisch, aber Lemonier klingt irgendwie französisch.

FRI: Das war früher ein Stützpunkt für französische Fremdenlegionäre, Dschibuti war französische Kolonie⁸.

⁴ Das böse K-Wort, (Der Spiegel - 4/2008)
In der Zange (Der Spiegel – 51/2007)

⁵ Bundeswehr vor Kampfeinsatz – Regierung prüft Marschbefehl
(www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-529003,00.html)
Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan rückt näher
([unter:www.tagesschau.de/inland/isafeinsatz2.html](http://www.tagesschau.de/inland/isafeinsatz2.html))
Bundeswehr prüft Kampfeinsatz in Nordafghanistan (unter: www.heute.de/ZDF-heute/druckansicht12/0,6903,7148972.00.html – 16.1.2008)

⁶ Heiß in jeder Hinsicht: Besuch der Bundeswehrkontingente in Djibuti, Gabun und Kongo
([unter:www.nachtwei.de/index.php/articles/414?theme=print](http://www.nachtwei.de/index.php/articles/414?theme=print))
Der stille Krieg ([unter:images.zeit.de/text/online/2007/14/stiller-krieg-reportage](http://images.zeit.de/text/online/2007/14/stiller-krieg-reportage))

⁷ Knuth Mellenthin, Wandlungen und Irrwege eines Kriegsmandats, (www.knuthmellenthin.de/artikel/aktuell/aktuelle-artikel/wandlungen-und-irrwege-eine...)

⁸ Knuth Mellenthin, Rolle und Interessen der USA rund ums Horn von Afrika (www.knuthmellenthin.de/world-war-iv/wwiv-artikel/us-politik-neokonservative/rolle-...)

ANT: Was haben wir denn heute in Afrika zu suchen?

FRI: Das kann ich Dir ganz genau sagen – Bundestagsprotokoll:

1. Durch den Einsatz von See- und Luftstreitkräften wird Terroristen am Horn von Afrika der Zugang zu Rückzugsgebieten und die Nutzung potenzieller Verbindungswege erschwert.

2. Gleichzeitig wird ein Beitrag zum Schutz dieser für den Welthandel strategisch wichtigen Seepassage vor terroristischen Anschlägen geleistet⁹.

ANT: Also, es geht mal wieder um unseren Reichtum, den wir gegen den Rest der Welt glauben verteidigen zu müssen.

FRI: Ginge es auf der ganzen Welt gerecht und demokratisch zu, dann gäbe es so was nicht!

ANT: Sind wir denn demokratisch?

FRI: Demokratie heißt Volksherrschaft, eine Regierungsform, bei der die Regierung den Willen des Volkes ausführt.

ANT: ... den Willen des Volkes ausführt! Ach, ne! Woher wollen die denn wissen, was der „Willen des Volkes“ ist?

FRI: Naja, bei Wahlen geht es mehr um einen Ich-versprech-Dir-was-Wettbewerb! Aber es werden ja auch Umfragen zu bestimmten Themen gemacht, und die Ergebnisse werden veröffentlicht, wie zum Beispiel bei der EU-Verfassung.

ANT: Na, da war fast jeder dagegen! Und nun geht es ja auch ohne Verfassung!

FRI: Die Umfragen hatten ergeben, die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die EU-Verfassung ab; in einigen Ländern wurde auch das Volk befragt und hat NEIN gesagt!

ANT: Prima, dann ist ja unsere Demokratie in Ordnung!

FRI: In Ordnung? Nichts ist in Ordnung! Die Regierungschefs der Europäischen Union haben ganz einfach aus der Verfassung einen Vertrag¹⁰ gemacht, der in großen Zügen mit der geplanten Verfassung übereinstimmt. Und für einen Vertrag braucht es keine Volksabstimmung!

ANT: Also, Friederike, Du mußt Dich irren! Das wäre doch glatter Betrug!

FRI: Du bist immer so deutlich, Anton! Sagen wir: ein schlauer Trick, um gegen den Willen des Volkes doch etwas durchzusetzen.

ANT: Nenn`s, wie Du willst – mit Demokratie hat das aber nichts mehr zu tun!

Kleine Pause

FRI: Kannst Du Dir das vorstellen, Anton, der amerikanische Kongreß verweigert der US-Airforce Gelder für eine Neuentwicklung eines Flugzeuges?

ANT: Naja, die denken vielleicht, daß das neue Flugzeug im Irak, in Afghanistan und sonst wo nicht gebraucht wird.

FRI: Nein, sie sagen, ein älteres Modell erfüllt alle Aufgaben gut und vielleicht sogar besser.

ANT: Um was für eine alte Kiste handelt es sich denn?

⁹ zitiert nach: Knuth Mellenthin, Wandlungen und Irrwege eines Kriegsmandats, (www.knuthmellenthin.de/artikel/aktuell/aktuelle-artikel/wandlungen-und-irrwege-eine...)

¹⁰ Vertrag von Lissabon statt Verfassungsvertrag (Wikipedia „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ – kein Datum)

- FRI:** Um die (englisch!) U2!
- ANT:** Sehr witzig, U2 machen ja ganz annehmbare Musik, aber die Airforce kann die bestimmt nicht für den Krieg gebrauchen – kein Wunder, daß der Kongreß kein Geld rausrückt – die haben zwar ein Album „Krieg“ genannt, aber was hat das mit der Airforce zu tun?
- FRI:** Ich meine doch nicht die Musiker, ich meine das Spionageflugzeug (*englisch*) U-2, also (*deutsch*) U-2¹¹.
- ANT:** Spionageflugzeug U-2, hab' ich noch nie gehört.
- FRI:** Wieder mal in der Schule geschlafen! Von 1956 bis 1960 flogen die amerikanischen U-2s in großer Höhe – 21 km - über die Sowjetunion hinweg *und fotografierten*.....
- ANT:** Glatter Bruch des Völkerrechts, wahrscheinlich haben sie alles fotografiert!
- FRI:** Am 1.Mai 1960 schoß die sowjetische Luftabwehr eine U-2 ab, der Pilot Francis Gary Powers konnte mit dem Fallschirm abspringen und weigerte sich, die Giftpille zu schlucken, die ihm für einen solchen Fall mitgegeben worden war.
- ANT:** Recht hat er – seine Auftragsgeber hätten die Giftpille schlucken müssen!
- FRI:** Im Oktober 1962 werden auf Aufnahmen einer U-2 Langstreckenraketen auf Kuba entdeckt, wenig später wird von der kubanischen Luftabwehr eine U-2 abgeschossen.
- ANT:** War das, wo um ein Haar der Dritte Weltkrieg begonnen hätte?
- FRI:** Ja, um ein Haar! Im Februar 1991 fliegen verbesserte U-2s 260 Einsätze im Golfkrieg, im Oktober 2001 werden durch Flüge der U-2 genaue Militärkarten von Afghanistan angefertigt.
- ANT:** Und im Irak?
- FRI:** Während der völkerrechtswidrigen Invasion der US- und britischen Truppen im Irak werden 169 Einsätze geflogen und insgesamt 3.700 Einsätze im Nahen Osten bis heute.
- ANT:** Ein völkerrechtswidriges Flugzeug – es ist für geheime Flüge über dem Gebiet eines anderen Staates gebaut!
- FRI:** So könnte man das sagen. Es gibt noch 28 von diesen Vögeln¹², die 12 Stunden in der Luft bleiben können, dagegen ist eine Landung direkt ein Abenteuer, der Pilot sitzt in einem Druckanzug und kann nur schlecht sehen.
- ANT:** Der soll doch landen, nicht die Gegend angucken!
- FRI:** Anton, der muß doch wenigstens die Landebahn sehen! Deswegen wird während jeder Landung ein Rennwagen hinter der U-2 hergejagt, der dem Piloten in einer bestimmten geringen Höhe sagt, daß er die Motoren abstellen soll.
- ANT:** (sarkastisch) Na, das ist ja sehr praktisch!
- FRI:** Deswegen ist auch eine Notlandung nicht möglich, 1975 ist eine U-2 bei Winterberg abgestürzt. Die U2 hatte die DDR überflogen und war dabei von der Luftabwehr beschädigt worden¹³.

¹¹ No Rest for a Cold Warrior (US.News & World Report - 20.9.2007)
10 Things You Did't Know About the U-2 (US.News & World Report – 20.9.2007)

¹² Die unentbehrliche „Drachen-Dame“ (NZZ - 18.1.2008)

¹³ Silbach (Auszug aus Wikipedia – de.wikipedia.org/wiki/Silbach - 24.1.2008)

- ANT:** Ich dachte immer, daß die Amis für so was ihre Spionage-Satelliten haben?
- FRI:** Das ist ganz was anderes; Satelliten haben feste Umlaufbahnen und kommen an einer bestimmten Stelle nur ab und zu vorbei. Die U-2 wird einfach an eine bestimmte Stelle hingeflogen und sendet dann Bilder zu den Soldaten am Boden in Echtzeit.
- ANT:** Und die können dann sofort schießen, na, danke schön!
- FRI:** Richtig! Aber trotzdem schafft sich die Bundeswehr gerade ein Spionage-Satellitensystem an, SAR-Lupe¹⁴ heißt das!
- ANT:** Was für 'ne Lupe? Das ist doch ein Vergrößerungsglas! Und Saar? Wie Rhein oder Main?
- FRI:** Nein, nicht wie mein oder dein oder sonst was! SAR ist die Abkürzung von „Satellitengestütztes Aufklärungs-Radar“!
- ANT:** Und warum Lupe?
- FRI:** Weil sie außer dem normalen Bild auch ein Zoombild mit einer Auflösung von 1 Meter produzieren können wird, von jedem Punkt der Erde außer der Gegend um den Nordpol.
- ANT:** Dann können die überall hinschauen: in meinen Garten, in die afghanische Wüste oder zum Kosovo?
- FRI:** Ja, auch zum Kosovo! Da *ist schon wieder*
- ANT:** (unterbricht) Über Kosovo haben wir gerade im vorigen Monat gesprochen!
- FRI:** Es war der vorvorige Monat, aber da könnte es in den nächsten Tagen die Kettenreaktion geben, die General Reinhardt vorhergesagt hat.
- ANT:** Wart' mal: das waren die Serben im nördlichen Kosovo und die Albaner im südlichen Serbien, die Serben in Bosnien-Herzegowina und
- FRI:** Ja, denn nach dem Ministerpräsidenten vom Kosovo, Hashin Taci ist die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo „nur noch eine Frage von Tagen“¹⁵ – hat er wörtlich gesagt!
- ANT:** Die Serben? ... Was meinst Du: sind die auch noch nach der Wahl in Serbien¹⁶ dagegen, daß sich der Kosovo selbständig macht?
- FRI:** Ich befürchte: ja!
- ANT:** Und unser Freund Putin in Rußland?
- FRI:** Der warnt vor den Folgen und hat sich gerade jetzt kategorisch gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo ausgesprochen.
- ANT:** Es steht doch auch im Widerspruch zu irgendeiner UN-Resolution?
- FRI:** Ja, im Gegensatz zur Resolution 1244¹⁷, die von der territorialen Unverletzlichkeit Serbiens spricht.
- ANT:** Dann verstößt eine Selbständigkeit des Kosovo gegen diese UN-Resolution, klar, daß Putin mit Recht sauer ist.

¹⁴ Die „SAR-Lupe“-Radar-Satelliten der Bundeswehr (Deutschlandfunk – Forschung Aktuell - 9.1.2008 16:35)

¹⁵ Kosovo Unabhängigkeit nur noch eine Frage von Tagen? (Vorarlberg ONLINE 24.01.08 – unter: www.vol.at/news/co:austria:politik/artikel/kosovo-unabhaengigkeit-nur-noch-eine-frage-von-tagen/cn/news20080124-04062325)

¹⁶ Ultrationalist Nikolic liegt vor Amtsinhaber Tadic (Tagesschau unter: www.tagesschau.de/ausland/wahlserbein8.html – 21.01.08) Danaergeschenk(Frankfurter Allgemeine 22.01.08)

¹⁷ UN-Resolution 1244 (siehe Auszug im Anhang)

FRI: Naja, die Situation ist schon schwierig genug, aber ob Putins Generäle nun gleich mit einem präventiven Atomkrieg¹⁸ drohen müssen, ist ja mehr als zweifelhaft!

ANT: Was? Die drohen mit einem Atomkrieg?

FRI: Ja, Anton, das russische Militär droht mit einem Atomkrieg!

PAP: Militär gehört abgeschafft!

FRI: Jawohl Frieda, Militär gehört wirklich abgeschafft!

Kleine Pause

FRI: Anton, kannst Du Dir vorstellen: Du bist Soldat und plötzlich wirst Du nach Afghanistan geschickt!

ANT: Eben hast Du noch gesagt: Militär gehört abgeschafft und jetzt soll ich Soldat sein!

FRI: Du sollst es Dir ja nur vorstellen!

ANT: Vorstellen, kann ich nicht!

FRI: Gut, dann stell' Dir vor, Du wirst plötzlich nach Afghanistan geschickt!

ANT: Ich? Afghanistan? Das kommt doch gar nicht infrage, da mache ich nicht mit!

FRI: Siehst Du, so geht es auch vielen amerikanischen Soldaten und manche verlassen dann einfach ihre Einheit und verschwinden!

ANT: Das finde ich ganz toll! Wenn es doch viele, viele täten!

FRI: In Mannheim, im amerikanischen Militärgefängnis werden zur Zeit gerade 3 amerikanische Kriegsdienstverweigerer gefangen gehalten! Du kannst ihnen ONLINE-Postkarten¹⁹ schreiben und ihnen sagen, daß Du ihre Verweigerung gut findest!

ANT: ONLINE-Postkarte? Hab' ich noch nie gemacht!

FRI: Ist aber ganz einfach: Du holst Dir die Webseite „www.Connection-eV.de/briefaktion“, - Connection mit 2x „C“ - dort findest Du auch ein Formular, da trägst Du Namen und Adresse ein, ein Text ist schon vorgegeben, klickst auf „ABSENDEN“ und schon hast Du den 3 Verweigerern einen Gruß geschickt.

ANT: Also, noch mal langsam zum Mitschreiben: „www.Connection-eV.de/briefaktion“, Namen und Adresse und „ABSENDEN“ – das ist was Vernünftiges!

FRI: ABSCHAFFEN, das ist auch was Vernünftiges: Militär gehört abgeschafft!

PAP: Militär gehört abgeschafft!

¹⁸ Rußland droht erneut mit atomaren Präventivschlägen (NZZ 21.01.2008)
 Russia opposes unilateral independence of Kosovo (CHINA.daily 25.1.2008)
 Russlands Präsident warnt vor Folgen einer Kosovo-Unabhängigkeit (swissinfo.ch
 25.1.2008 unter: www.swissinfo.ch/ger/swissinfo.html?siteSecti=105&sid=8666664)

¹⁹ ONLINE-Postkartenaktion (unter: www.Connection-eV.de/briefaktion – Januar 2008)

Anhang

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag:

Bundesregierung will ISAF-Mandat verletzen - Friedensbewegung kündigt Proteste an

Kassel, 16. Januar - Zu den Planungen des Verteidigungsministeriums, im Sommer 250 zusätzliche Kampfsoldaten nach Afghanistan zu schicken, stellt ein Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag fest:

Die Bundeswehr plant offenbar die Entsendung eines Kampfverbands nach Nordafghanistan mit bis zu 250 zusätzlichen Soldaten. Nach Auskunft des verteidigungspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, werde damit eine "neue Qualität" des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan erreicht. Bisher seien im nordafghanischen Masar-i-Scharif nur "Stabilisierungstruppen", aber keine "Kampfverbände" stationiert.

Dieses Vorhaben würde den Rahmen des vom Bundestag im vergangenen Herbst verlängerten ISAF-Mandats eindeutig überschreiten, heißt es in der Erklärung des "Friedensratschlags". ISAF und der von den USA angeführte sog. Antiterror-krieg "Enduring Freedom" verschmelzen immer mehr zu einem einzigen schmutzigen Krieg. "Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen, sondern gefährdet zunehmend das zivile Engagement humanitärer Organisationen im Land".

Die Friedensbewegung werde ihre Aktivitäten für die Beendigung des Krieges und für den Abzug der Soldaten aus Afghanistan in den nächsten Monaten verstärken. Im Juni soll ein internationaler Afghanistan-Kongress in Deutschland stattfinden und im Herbst erwartet der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag verstärkte Proteste gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes. Sollte die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhalten und zusätzliche Kampftruppen bereits im Sommer nach Afghanistan schicken wollen, dann werde eben auch der Protest vorverlegt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist gegen diesen Krieg. Das muss in Berlin und im ganzen Land deutlich gemacht werden.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)

Resolution 1244 (1999) vom 10. Juni 1999

Der Sicherheitsrat,

eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1160 (1998) vom 31. März 1998, 1199 (1998) vom 23. September 1998, 1203 (1998) vom 24. Oktober 1998 und 1239 (1999) vom 14. Mai 1999,

bedauernd, daß die in diesen Resolutionen enthaltenen Forderungen nicht voll erfüllt worden sind,

entschlossen, eine Lösung der ernstesten humanitären Lage im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) herbeizuführen und für die sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zu sorgen,

unter Verurteilung aller Gewalthandlungen gegen die Bevölkerung des Kosovo sowie aller terroristischen Handlungen, gleichviel, von welcher Seite sie begangen werden,

unter Hinweis auf die Erklärung des Generalsekretärs vom 9. April 1999, in der dieser seine Besorgnis über die humanitäre Tragödie im Kosovo zum Ausdruck gebracht hat,

in Bekräftigung des Rechts aller Flüchtlinge und Vertriebenen auf sichere Rückkehr in ihre Heimat,

unter Hinweis auf die Zuständigkeit und das Mandat des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht,

mit Genugtuung über die am 6. Mai 1999 verabschiedeten allgemeinen Grundsätze zur politischen Lösung der Kosovo-Krise (Anlage I dieser Resolution) sowie mit Genugtuung darüber, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die Grundsätze angenommen hat, die in den Punkten 1 bis 9 des am 2. Juni 1999 in Belgrad vorgelegten Papiers (Anlage II dieser Resolution) enthalten sind, und daß sie diesem Papier zugestimmt hat,

in Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region, wie dies in der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in Anlage II dieser Resolution zum Ausdruck kommt,

in Bekräftigung der in früheren Resolutionen geforderten substantiellen Autonomie und tatsächlichen Selbstverwaltung des Kosovo,

feststellend, daß die Situation in der Region auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die Sicherheit des internationalen Personals zu gewährleisten und dafür zu sorgen, daß alle Beteiligten ihre Verpflichtungen aus dieser Resolution erfüllen, und zu diesen Zwecken tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, daß eine politische Lösung der Kosovo-Krise auf den allgemeinen Grundsätzen in Anlage I dieser Resolution und den weiteren Ausführungen in den Grundsätzen und weiteren erforderlichen Elementen in Anlage II zu beruhen hat;

2. *begrüßt* es, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die in Ziffer 1 genannten Grundsätze und weiteren erforderlichen Elemente akzeptiert hat, und verlangt die uneingeschränkte Zusammenarbeit der Bundesrepublik Jugoslawien bei deren rascher Umsetzung;

3. *verlangt* insbesondere, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die Gewalt und Unterdrückung im Kosovo unverzüglich und nachprüfbar beendet

Anlage I

Erklärung des Vorsitzenden zum Abschluß des Treffens der Außenminister der G-8 auf dem Petersberg am 6. Mai 1999

Die Außenminister der G-8 einigten sich auf folgende allgemeine Grundsätze zur politischen Lösung der Kosovo-Krise:– unverzügliches und nachprüfbares Ende der Gewalt und Unterdrückung im Kosovo;

- Rückzug militärischer, polizeilicher und paramilitärischer Kräfte aus dem Kosovo;
- Stationierung von wirksamen internationalen zivilen und Sicherheitspräsenzen im

Kosovo, die von den Vereinten Nationen gebilligt und beschlossen und in der Lage sind, die Erreichung der gemeinsamen Ziele zu garantieren;

- Einrichtung einer vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu beschließenden Übergangsverwaltung für das Kosovo, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Einwohner im Kosovo sicherzustellen;

- die sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen und ungehinderter Zugang zum Kosovo für humanitäre Hilfsorganisationen;

- ein politischer Prozeß zur Schaffung einer politischen

Übergangsrahmenvereinbarung, die eine substantielle Selbstverwaltung für das Kosovo unter voller Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens⁶⁶ und der Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Länder der Region sowie die Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee vorsieht;

- umfassender Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilisierung der Krisenregion.

Anlage II

Um eine Lösung der Kosovo-Krise herbeizuführen, soll eine Vereinbarung über die folgenden Grundsätze erreicht werden:

1. Unverzügliches und nachprüfbares Ende der Gewalt und Unterdrückung im Kosovo.

2. Nachprüfbarer Rückzug aller militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte aus dem Kosovo nach einem engen Zeitplan.

3. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erfolgende Stationierung von wirksamen internationalen zivilen und Sicherheitspräsenzen im Kosovo, die tätig werden, wie nach Kapitel VII der Charta beschlossen wird, und die in der Lage sind, die Erreichung der gemeinsamen Ziele zu garantieren.

4. Die internationale Sicherheitspräsenz unter substantieller Beteiligung der Nordatlantikvertrags-Organisation muß unter gemeinsamer Führung disloziert werden und ermächtigt sein, ein sicheres Umfeld für alle Menschen im Kosovo zu schaffen und die sichere Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat zu erleichtern.

5. Einrichtung einer vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu beschließenden Übergangsverwaltung für das Kosovo als Teil der internationalen zivilen Präsenz, unter der die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann. Die Übergangsverwaltung soll für eine Übergangszeit die Verwaltung wahrnehmen und gleichzeitig vorläufige demokratische Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen und deren Entwicklung überwachen, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Einwohner im Kosovo sicherzustellen.

6. Nach dem Abzug wird eine vereinbarte Zahl jugoslawischen und serbischen Personals die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten, um folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Verbindung mit der internationalen Zivilmission und der internationalen Sicherheitspräsenz;

- Markierung und Räumung der Minenfelder;

- Aufrechterhaltung einer Präsenz an Stätten des serbischen Kulturerbes;

- Aufrechterhaltung einer Präsenz an wichtigen Grenzübergängen.

7. Sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen unter der Aufsicht des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und ungehinderter Zugang zum Kosovo für humanitäre Hilfsorganisationen.

8. Ein politischer Prozeß zur Schaffung einer politischen Übergangsrahmenvereinbarung, die eine substantielle Selbstverwaltung für das Kosovo unter voller Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens⁶⁶ und der Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Länder der Region vorsieht, sowie die Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über eine Regelung sollen die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsinstitutionen weder verzögern noch stören.

9. Ein umfassender Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilisierung der Krisenregion. Dieser wird die Umsetzung eines Stabilitätspakts für Südosteuropa unter breiter internationaler Beteiligung beinhalten, um die Förderung der Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstands, der Stabilität und der regionalen Zusammenarbeit zu begünstigen.